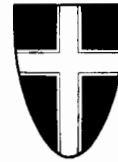
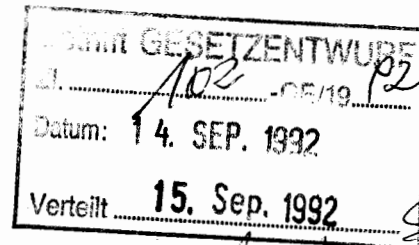


AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG

MD-2263-1 und 2/92

Wien, 11. September 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, das Arbeits und Sozialgerichtsgesetz und das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme



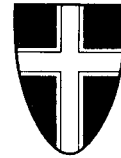
An das
Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG

Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82124

MD-2263-1 und 2/92

Wien, 11. September 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, das Arbeits und Sozialgerichtsgesetz und das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme

zu Zl. 37.006/40-3a/92

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Auf das Schreiben vom 31. Juli 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken grundsätzlicher Art bestehen. Es sei jedoch bemerkt, daß im Artikel I Z 2 in der ersten Zeile des § 1a Abs. 1 zwischen den Worten "für" und "Abfertigung" das Wort "eine" einzufügen wäre. Im Artikel III Z 6 sollte in der siebenten Zeile des § 25a Abs. 7 das Wort "könne" durch "können" ersetzt werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor